

Rathaus-Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistratsdirektion - Pressestelle,
Wien, 1., Neues Rathaus, 2. Stock, Tür 11,
Fernsprecher: B 40-500, Klappe 623, 042
und 041.

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer.

13. Sept. 1945

Blatt 390

Wir haben wohl wieder mehr Strom,
aber noch immer nicht so viel,
um ihn verschwenden zu dürfen.

Die Gemeinde Wien bürgt für Wiederaufbaukredite.
=====

Zur Förderung der Privatinitiative bei der Wiederherstellung der durch Kriegseinwirkungen beschädigten Wiener Wohnhäuser wird die Gemeindeverwaltung unter bestimmten Voraussetzungen, finanzielle Hilfe leisten. Es haben sich nämlich bereits viele Hausbesitzer an die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien und die Erste Österreichische Sparkasse um Gewährung eines Hypothekarkredites zur Wiederherstellung ihrer Häuser gewendet. Dabei ergibt sich die Schwierigkeit, daß die Sparkassen satzungsgemäß eine Belehnung von mehr als 50 % des Schätzwertes nicht gewähren können. Geht das Kreditansuchen über diesen Betrag hinaus, müssen die Sparkassen es ablehnen. Um nun auch solche Ansuchen aufrecht erledigen zu können, hat der Wiener Stadtsenat auf Antrag des Finanzreferenten, amtsführenden Stadtrates Honay, beschlossen, für den darüber hinausgehenden Kreditbetrag bis zu 80 % des Schätzwertes die Bürgschaft zu übernehmen.

Das Darlehen, für das die Gemeinde bürgt, wurde mit dem Höchstbetrag von 80.000 Reichsmark im Einzelfall bestimmt. Der Gesamtbetrag, für den die Stadtverwaltung zu bürgen bereit ist, wurde mit 50 Millionen Reichsmark festgesetzt.

Nach fachmännischen Schätzungen reicht diese Summe aus, um ungefähr 2.000 beschädigte Wiener Wohnhäuser instandsetzen zu können.

Die beiden Sparkassen werden alle Ansuchen mit der größten Beschleunigung behandeln, damit noch vor Eintritt der schlechten Jahreszeit möglichst viele Bauvorhaben ausgeführt werden können.

Die Ansuchen um Kreditgewährung müssen bis längstens 31. Dez. 1945 bei den genannten Sparinstituten eingereicht werden.

Errichtung einer städtischen Sargfabrik.

=====

Über Antrag des amtsführenden Stadtrates für die städtischen Unternehmungen, Vizebürgermeister Speiser, hat der Stadtsenat am Dienstag den Beschluß gefaßt, durch die Städtische Leichenbestattung die Holzwarenfabrik A. Kotele in Atzgersdorf anzukaufen. Das Unternehmen verfügt über große Holzvorräte und eine moderne maschinelle Einrichtung. Es wird auf die Erzeugung von Särgen umgestellt und wird in Zukunft den Wiener Sargbedarf decken. Die Gemeinde Wien verfügte bis zum Februar 1945 über eine eigene Sargfabrik. Diese wurde durch einen Bombenangriff total zerstört. Ein Wiederaufbau kommt nach Ansicht des Stadtbauamtes nicht in Frage. Es war daher naheliegend, eine neue Produktionsstätte zu eröffnen.

500 Gratisleichen im Monat August.

=====

Der amtsführende Stadtrat für die städtischen Unternehmungen, Vizebürgermeister Speiser, berichtete in der letzten Sitzung des Stadtsenates, daß die Städtische Leichenbestattung im August 1945 in Groß-Wien 3.779 Leichen beerdigt hat. Die Vergleichsziffern der letzten drei Jahre zeigen das Ansteigen der Sterblichkeit in unserer Stadt in diesem Jahre. Im August 1942 hatte die städtische Leichenbestattung 1.318, im August 1943 1.451 und im August 1944 1.743 Leichenbegängnisse zu besorgen.

Im August allein hat die Städtische Leichenbestattung 501 Beerdigungen von Personen durchgeführt, deren Angehörige die Kosten des Leichenbegängnisses nicht tragen konnten oder die überhaupt keine Angehörigen besaßen. Die Durchführung der Gratisleichen ist der städtischen Leichenbestattung schon bei ihrer Gründung übertragen worden. Hätte die Gemeinde Wien kein eigenes Leichenbestattungsunternehmen, so müßte sie die Kosten dieser "Armenleichen" aus Gemeindegeldern decken.

Eine Mark Monatsgebühr in den städtischen Büchereien.

=====

Noch einem Bericht des Stadtrates Dr. Matejka hat der Stadtsenat in seiner Dienstsitzung den Beschluß gefaßt, in den Büchereien der Stadt Wien eine Lesergebühr einzuführen. Sie beträgt für

erwachsene berufstätige Leser 1 Mark, für Altersrentner und Befürsorgte, Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr 50 Pfennig monatlich. Die bisherige Buchgebühr von 10 Pfennig pro Band bleibt unverändert. Dem Berichte ist ferner zu entnehmen, daß die städtischen Büchereien Ende August einen Stand von 12.000 aktiven Lesern aufzuweisen hatten. Da in den Sommermonaten erfahrungsgemäß weniger gelesen wird, ist mit einer starken Steigerung der Beteiligung in der kühleren Jahreszeit zu rechnen.

Vizebürgermeister Steinhardt im Zentral-Krippenverein.
=====

Das Säuglings- und Mütterheim des Zentral-Krippenvereines in der Lainzerstraße 172 wurde am Mittwoch von Vizebürgermeister Steinhardt als Stadtrat für das Wohlfahrtswesen der Gemeinde Wien besucht. Der Vizebürgermeister besichtigte alle Räume und Einrichtungen des Heimes und orientierte sich über die Pflege der Kinder. Er zeigte sich über das Geleistete sehr befriedigt. Weggelegte, während des Transportes verlorene und auch böswillig von den Eltern verlassene Kinder sind unter den Schützlingen des Heimes. "Ich bin glücklich, sagte er, daß diese Kinder ein so schönes Heim und solch liebevolle Pflege gefunden haben." Er dankte dem Pflegepersonal mit herzlichen Worten der Anerkennung für ihre aufopfernde Arbeit. Vizebürgermeister Steinhardt versprach weiterhin die Unterstützung der Gemeinde.

Beim Herrn amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe VI - Wirtschaftliche Angelegenheiten, Anton ROHRHOFFER entfällt nicht, wie irrtümlich gemeldet, die Sprechstunde am Freitag, den 14., sondern Montag, den 17. d.M.

Bürgermeister Körner beim Festkonzert der Wiener Symphoniker.
=====

Anläßlich der Neubildung des Orchesters der Wiener Symphoniker wird Bürgermeister General a.D. Theodor Körner beim Festkonzert der 3. Symphonie Gustav Mahlers am Sonntag, den 16. September, um 17 Uhr 30 im Großen Musikvereinssaal eine Ansprache an das Orchester halten.

Erster Rechenschaftsbericht über die Gemeinschaftsarbeit
=====

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters, General Körner, fand heute vormittags im Sitzungssaal des Gemeinderates eine Tagung des zentralen Organisationsausschusses für die Gemeinschaftsarbeit statt. An der Beratung nahmen auch die Vizebürgermeister Kunschak, Speiser und Steinhardt und die Stadträte Afritsch, Fritsch, Rohrhofer und Weber teil.

Die Bezirksvorsteher aller 26 Wiener Bezirke berichteten ausführlich über ihre Erfahrungen in den ersten 10 Tagen der Aktion, über die Mängel und über den Erfolg der geleisteten Arbeit. Einheitlich ist das Bild einer regen Tätigkeit in allen Bezirken, Die organisatorischen Formen sind nicht ganz gleich, manche Bezirke rufen die Arbeitspflichtigen nur durch Hauslisten auf, andere Bezirke wieder, verständigen jeden Einzelnen von Zeit und Ort der Arbeitsleistung. Bezirke mit einem größeren Anteil Nationalsozialisten kommen mit dem aufgerufenen Kreis noch aus. Andere Bezirke sind gezwungen, schon jetzt auch die Nicht-Nationalsozialisten über 30 Jahre zur Arbeit heranzuziehen. Gemeinsam ist aber allen das Streben, die gestellten Aufgaben so rasch als möglich zu erfüllen, das Schönwetter auszunützen und überhaupt möglichst viel zu leisten.

Leider verhindert der Mangel an Kraftfahrzeugen
einen größeren Fortschritt der Aktion.

Nur ganz wenige Bezirke berichteten, daß ihr Bedarf an Kraftfahrzeugen gedeckt ist. Dies sind vor allem jene Bezirke, die von den Besatzungstruppen mit Fahrzeugen versorgt werden. In den Beratungen wurde festgestellt, daß die von der amerikanischen Kommandantur der Stadt Wien zugesicherten Lastkraftwagen noch nicht verfügbar sind, weil erst Zivilchauffeure angelehrt werden und weil die Wagen der Gemeinde noch nicht übergeben wurden. Erst wenn die in Aussicht gestellten Autos wirklich verfügbar sein werden, wird das Transportproblem eine fühlbare Erleichterung erfahren. Die englische Militärverwaltung hat der Baudirektion vier Bagger und vier Schrubber mit je 10 Lastkraftwagen zugesagt. Drei Bagger und die dazugehörigen Hilfsfahrzeuge sind bereits in Betrieb. Mit diesen Geräten kann in kurzer Zeit viel Material weggeschafft werden. Ihr Einsatz wird von der Baudirektion aus geregelt, Ebenso fühlbar ist

das Entgegenkommen, das der 1. Bezirk bei den Besatzungsmächten gefunden hat, der je 5 Lastkraftwagen von allen vier Mächten benützen kann.

An Fahrzeugen ist sonst in den Bezirken alles eingesetzt, was bewegungsfähig ist: Handkarren, ein- und zweispännige Pferdefuhrwerke, alle Arten Autos, ja selbst Kinderwagen wurden im 17. Bezirk von Frauen, die freiwillig an der Arbeit teilnehmen, zur Abfuhr benützt.

An improvisierten Einrichtungen ist noch die Rampe zu erwähnen, welche im 10. Bezirk auf dem Kolumbus-Platz zur Verladung von Müll und Schutt in Straßenbahnwagen dient, die das Material zur Ostbahn führen, von wo es nach Albern abgeführt wird. In Schwechat werden alle Fahrzeuge kontrolliert, und solche, die sich auf Hamsterfahrt befinden, zurückgehalten und zur Schutt- abfuhr herangezogen.

Erfreuliches konnten manche Bezirke über die freiwillige Beteiligung berichten. Vor allem ältere Leute, die vom Gesetz nicht zur Arbeit aufgerufen werden, nehmen freiwillig daran teil. Eine ganze Gruppe Frauen im Alter von 50 bis 60 Jahren ist täglich in Hernals an der Arbeit. Im 5. Bezirk wurde eine 75-jährige Frau, in Meidling ein über 70 Jahre alter Eisenbahnerpensionist, in der Leopoldstadt ein Invalide, der nur eine Hand benützen kann, bei der Arbeit angetroffen. Der altkatholische Bischof S.v. Török hat sich bei seinem Vertrauensmann zur Mitarbeit gemeldet. Dies sind einige bekanntgewordene Fälle, deren gutes Beispiel anfeuernd wirken möge.

Leider gibt es Andere, die vom Gesetz für die Arbeit in Aussicht genommen sind, aber versuchen, sich von dieser Verpflichtung zu drücken. In den Berichten ist das Verlangen zum Ausdruck gekommen, gegen diese Leute, die sich auf solche Weise ihrer Verpflichtung gegen die Allgemeinheit entziehen wollen, mit den schärfsten Mitteln einzuschreiten. Manche Bezirke haben bereits zur Selbsthilfe gegriffen. In Margareten werden die Säumigen, die trotz Aufforderung zur Arbeit nicht erscheinen, von der Polizei zur Arbeit geholt und abends in ein gemeinsames Lager geführt, wo sie die Nacht verbringen müssen. Für die Verpflegung müssen die Angehörigen sorgen. Nach einer Woche solchen Arbeitsdienstes werden sie

freigelassen. Der 15. Bezirk sperrt solche Deserteure der Arbeitspflicht über Nacht in den Westbahnbunker. Ihr Arbeitspensum wird auf das Doppelte des vorgesehenen Ausmaßes erhöht.

In der Beratung bestand Übereinstimmung darüber, daß schließlich die Strafdrohungen des Gesetzes, das bekanntlich für Nicht-Folgeleistung des Aufrufes Geldstrafen bis zu 5.000 RM und Arreststrafen bis zu 3 Monaten vorsieht, zur Anwendung gebracht werden sollen. Es geht nicht an, daß ein Teil der Bevölkerung der selbstverständlichen Pflicht, den durch den Krieg aufgehäuften Kehricht zu beseitigen, nachkommt, während andere - vielleicht sogar jene Kreise, die mitschuldig an der Verwüstung Wiens sind - sich beharrlich davon drücken. Je größer der Kreis ist, der an der Gemeinschaftsarbeit zur Säuberung Wiens teilnimmt, umso größer wird der Erfolg der Aktion sein und umso eher wird diese beendet werden können.

Der Gesamteindruck der Berichte ist jedoch ein durchaus erfreulicher und es steht fest, daß sich das Antlitz Wiens durch diese Aktion von Tag zu Tag verschönert.